

Schwarzwälder Tageszeitung

Mus den Lannen Fernsprecher Nr. 11



Zeitschrift für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Im Monat April 2000 Mk. mit Postgebühren. Ein einzelnes Exemplar 150 Mk. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 150 Mk. Die Reklamzeile 400 Mk. Mindestbetrag bei Wiederholungen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsänderung besteht kein Anspruch auf Diefertung. eines Auftrags 600 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt rückfällige.

Nr. 88. Altensteig, Dienstag den 17. April. Jahrgang 1928

Außenminister v. Rosenberg über die Reparationsfrage.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. April.

Der Reichstag hatte wieder einen „großen“ Tag. Am Regierungstisch Dr. Cuno, Außenminister v. Rosenberg und die anderen Mitglieder des Kabinetts. Die Tribünen waren sehr stark besetzt. In der Diplomatensloge wohnten die Vertreter fremder Staaten den Verhandlungen bei.

Hg. Dr. Gochsch (D.natf.) berichtet über die Auslandsverhandlungen. Das Auswärtige Amt soll nach den Wünschen des Ausschusses eine möglichst barfuss wirtschaftende und funktionierende Behörde in der Hand des Außenministers sein.

Reichsminister des Außern v. Rosenberg:

Der Minister begrüßt das Zusammenarbeiten zwischen Parlament und Auswärtigen Amt und dankt unter dem Beifall des Hauses den wenigen Freunden, die Deutschland ihre Treue gehalten haben, besonders den Auslandsdeutschen. Ihre Anhänglichkeit und tätige Hilfe zeigt von ihrem Glauben an eine Wiederaufbau Deutschlands auch unter veränderten staatlichen Formen. Der Glaube an Deutschland gab uns die Kraft, waffenlos dem französischen Einbruch in das Ruhrgebiet entgegenzutreten. Ein starkes, mit allen Mitteln neuzeitlicher Kriegskunst ausgestattetes Heer kämpft gegen eine völlig entwaffnete, nur mit der Macht einer Idee gefüllte Bevölkerung. (Sehr wahr.) Zahlreich sind die Opfer, aber hart und widerwillig ist das Schicksal aus der Lebenden. Der Redner gedenkt insbesondere der vertiebenen Eisenbahner. Der Ausgang des ungleichen Kampfes wird von weltgeschichtlicher Tragweite sein. Erweist sich der Waffenlose als unüberwindlich, so ist der Beweis erbracht, daß militärische Gewalt ihre Grenzen hat und daß der auf Vernunft und auf Recht gestützte Wille eines Volkes härter ist als Kampf und Maschinengewehre. (Lebhafter Beifall.)

Unser eigenes Ziel ist ein reines Verteidigungsziel und hat nichts Aggressives. Kraft und Erfolg unserer Abwehr hängen davon ab, daß sie deffensiv bleibt. (Sehr gut.) Wir wollen zu einer Freiheit gelangen, die allerdings schwer belastet sein wird mit Reparationen. Das aber kein Diktat den Glauben an die Erfüllbarkeit erlösen kann, hat die Vergangenheit gelehrt. (Sehr richtig.) Der Redner weist sodann auf den guten Willen Deutschlands und den schlechten Willen Frankreichs hin. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Vorschläge, die der Reichskanzler dem englischen Ministerpräsidenten in seinem Brief für die Londoner Konferenz unterbreitete. Dieser Vorschlag sollte die Brücke zur endgültigen Lösung bilden. Er wurde abgelehnt. Da Frankreich auch politische Sicherheiten verlangte, entstand der Vorschlag, daß die am Rhein interessierten Staaten sich verpflichten sollten, für einen längeren Zeitraum ohne Volksabstimmung keinen Krieg gegeneinander zu führen. Auch dieser wurde abgelehnt. Der Redner ging dann auf den Vorschlag ein, der der Pariser Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten Anfangs Januar vorgelegt werden sollte. Unser Ansuchen, diesen Plan durch einen Vertreter der Reichsregierung in Paris mündlich erläutern zu lassen, wurde keiner Antwort gewürdigt. So steht der Wille Deutschlands und der gute Wille Frankreichs aus. (Hört, hört!)

Es handelte sich um ein festes Angebot von 20 Milliarden Goldmark zu 5 Prozent verzinslich und nach Möglichkeit im Wege einer internationalen Anleihe anzubringen. Diese 20 Milliarden sollten sich nach 4 und 8 Jahren um 5 Milliarden auf zusammen 30 Milliarden erhöhen, wenn das internationale Anleihekonjunktum die Leistungsfähigkeit Deutschlands als gegeben erachtete. Das für Paris geplante Angebot war das, was im besten Falle bei äußerster Kraftanstrengung zu leisten war. Inzwischen hat der Einbruch ins Ruhrrevier stattgefunden. Die besten Kraftzentren der deutschen Wirtschaft sind lahmgelegt, große Werte sind vernichtet, unsere gesamten Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen sind in Verwirrung gebracht worden, unsere Verkehrseinrichtungen in heilloser Unordnung geraten. Deutschlands Fähigkeit zur Zahlung von Reparationen ist dadurch verringert worden. Trotzdem wird die Lösung, die eines Tages kommen muß, von dem in Paris so steifmütterlich behandelten deutschen Projekt ihren Ausgang nehmen müssen.

Deutschland ist bereit, zur Erfüllung seiner Reparationspflicht zu arbeiten, zu opfern und zu zahlen, was immer in seiner Kraft liegt. Dies ist der Inhalt aber auch die Grenze seiner Verpflichtung. Sie wird

erfüllt werden. Gestritten wird um die Frage, welche Beiträge Deutschland leisten kann. Nachdem der Wirtschaftskrieg gegen Deutschland noch nicht zum Stillstand gekommen ist, ist es unmöglich, die Leistungsfähigkeit Deutschlands festzulegen oder abzuschätzen. Wer vermöchte sich ein Bild davon zu machen, welches wirtschaftliche Trümmerfeld Deutschland bieten wird, wenn das französische Abenteuer eines Tages seinen Abschluß gefunden hat. Die sollen von der deutschen Regierung Zahlungen genannt werden, bevor wir wissen wann und in welcher Form elementarste Voraussetzungen für eine deutsche Arbeitsleistungsfähigkeit, durch Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete, Abbau der Besetzung der Rheinlande, endgültiger Verzicht auf jede Sanktions- und Pländerpolitik und Gewährleistung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung erfüllt werden? Wenn aber konkrete Zahlen fest nicht genannt werden können, so will und kann sich die Reichsregierung bei diesem negativen Ergebnis nicht beruhigen. Sie hat daher nach anderen Wegen gesucht, um der täglich sich verschärfenden Spannung und wirtschaftlichen Verwirrung, unter der Europa leidet, ein Ende zu bereiten und die Reparationsfrage aus dem Sumpfe herauszuholen. Der Minister erinnerte dann an den Vorschlag, die Lösung des Problems einer von jeder politischen Einwirkung unabhängigen internationalen Kommission von höchsten Finanzautoritäten zu übertragen. Die Reichsregierung halte diesen Weg für gangbar und hat die am Ruhrkonflikt beteiligten Mächte davon in Kenntnis gesetzt. Nach Ansicht der Regierung sollte diese internationale Kommission von Geschäftsleuten, an der Deutschland und Frankreich mit voller Gleichberechtigung teilnehmen, möglichst bald zusammentreten und folgende Fragen beantworten:

1. Was hat Deutschland bisher geleistet?
2. Was kann und soll Deutschland gerechterweise noch leisten?
3. Auf welche Weise können diese Leistungen bewerkstelligt werden?

Werde dieser oder ein ähnlicher Weg beschritten, so wäre die Reichsregierung bereit, an den internationalen Kapitalmarkt wegen Bewilligung einer möglichst großen Anleihe heranzutreten, die von Deutschland mit jeder Sicherheit ausgestattet und an Frankreich oder die Alliierten als sofortigerbarer Vorschub zu behändigen sein würde. Die Regierung würde dafür sorgen, daß die deutschen Industrie- und Wirtschaftskreise ihre Kraft in den Dienst der so auf das Erfüllbare zurückgeführten deutschen Reparationspflicht stellen. Der Minister erinnerte daran, daß die fremden Mächte auf die Gefahr eines Ausbruchs der Volkseifersucht im Westen aufmerksam gemacht worden sind, sowie auf die Unmöglichkeit einer einseitigen Niederlegung unserer einzigen Waffe, des passiven Widerstandes, und daß Deutschland Sicherheit dafür haben müsse, daß die über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete geräumt würden. In praktischen Ergebnissen hat unsere Mitteilung an die fremden Regierungen nicht geführt. Der Minister verweist dann auf die auf amerikanische Anregung gefasste Entschliessung der internationalen Handelskammer in Rom, die sich mit dem von uns angenommenen amerikanischen Vorschlag vielfach berührt.

Im Sommer 1919 boten wir 100 Milliarden Goldmark an, der französische Finanzminister aber verlangte 375 Milliarden Goldmark. Als man 2 Jahre später noch 132 Milliarden Goldmark forderte, war die deutsche Wirtschaft schon so geschwächt, daß wir mit gutem Gewissen nur noch 50 Milliarden bieten konnten. Zwei weitere Jahre später machte man in London diese 50 Milliarden zur Grundlage der Erörterungen, aber die Entwidlung war weitergegangen und was 1921 in London möglich war, konnte 1923 in Paris nicht mehr zu Grunde gelegt werden. Der Minister schilderte die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen sich Deutschland befindet und die durch die Ruhrbesetzung noch vermehrt worden sind. Bei den Vorbesprechungen zum Vertrag von Versailles forderten die Franzosen eine absolute Kontrolle der Ruhrpforten und der Metallindustrie durch eine militärische Besetzung Essens. (Lebhafter Hört, hört!) Diese Vorschläge bezeichnete Präsident Wilson in seinem Memorandum als ein Programm der Panik. Sie wurden zum Scheitern gebracht, schweben aber fort. Dieser Scheiternsgebäude trieb Frankreich in ein heillofes Dilemma, in dessen Klauen es sich befindet. Denn wie sollte Deutschland, so fragen die Demotoren, wenn es wirtschaftlich geschwächt und lahmgelegt ist, die ungeheuren Reparationskosten zahlen. (Sehr richtig.)

Der Minister bespricht nunmehr die in der Presse veröffentlichten neuen französischen Pläne. Schon der Versailler Vertrag garantierte Frankreich militärische Sicherheit. Die Neutralisierung des Rheintandes sei unbillig. (Lebhafter Beifall.) Die Entbrechung und weitere Schwächung unserer Hoheitsrechte sei unannehmbar. Die Sicherheit Frankreichs könne nur durch einen Burgfrieden am Rhein erfolgen wie wir ihn vorgeschlagen haben. In solchen Sicherungen war und ist die deutsche Regierung bereit, wenn sie auf Gegenseitigkeit beruhen und unsere Souveränität unangetastet bleibt. Wer etwas darüber hinaus verlangt, verfolgt andere Pläne als die der Sicherung. (Zustimmung.) Es ist verblüffend, daß der Einbrecher nach Schutz gegen den Ueberfallenen ruft (Lebhafter Zustimmung) und noch verblüffender ist es, daß dieser Ruf Widerhall findet. Der Minister stellt fest, daß zwischen ihm und dem Reichskanzler niemals der Schatten eines Gegenstandes gestanden habe, auch nicht in der Frage der Gutmachung der Ruhrschäden. Völlig unannehmbar sei auch die etappenweise Räumung des Ruhrgebietes, die eine ewige Lohnsklaverei für Deutschland bedeute. Der Redner schildert die Leiden der Bevölkerung im Ruhr- und Saargebiet und verspricht ihnen Treue und Gerechtigkeit. (Beifall.) Die Regierung werde alles tun, um ihre Leiden abzulösen. Die Rede Poincares viele allerdings hierfür keine günstigen Aussichten. Die Ausfuhr von Weizen zur Ernährung der Bevölkerung ist Pflicht der Regierung. (Erneuter Beifall.) Poincares Denunziation gegenüber der Schutzpolizei bringt diese nicht um unsere Anerkennung und unseren Dank. Entgegen der Behauptung Poincares, daß die Ruhraktion bisher ohne Gewalt durchgeführt worden sei, sei ihr ganzer Verlauf eine ununterbrochene Kette von Gewalttaten. Die Völker Frankreichs und Deutschlands haben nur eine Wahl: Gemeinsam zu leben, oder miteinander unterzugehen. Solange Frankreich die Grenzen und Hoheitsrechte Deutschlands nicht achtet, müssen wir weiter die Zähne aufeinanderbeissen und, gestützt auf das Recht zum Leben und auf die Liebe des Volkes zu seinem Lande, im Widerstand ausharren. (Beifall.) Die Erkenntnis, daß es sich um das Glück unserer Kinder und Kindeskinder handelt, gibt uns die Kraft die Probe zu bestehen. (Lebhafter Beifall.)

Hg. Müller-Frank (Soj.)

stellt mit Bedauern fest, daß die Dänische Rede Poincares mit allen Requiriten der Kriegszeit arbeite. Selbst eine Vermittlung des Völkerbundes wurde bisher von Belgien und Frankreich abgelehnt und selbst eine Brantung von neutraler Seite komme nicht in Frage. Man müsse sich darüber fragen, ob die deutsche Außenpolitik nicht aktiver sein könne, denn auf ein Wunder dürfe man nicht warten. Der gewollte Widerstand habe uns die Sympathien der Welt eingetragen. Wir müßten aber alles tun, um die Leidenszeit abzulösen. Es müßte ein Weg der Beileidigung gefunden werden, da der Abwehrkampf nicht zum Verbrauch unserer letzten industriellen Reserven fortgesetzt werden soll. Es müsse Klarheit geschaffen werden über die Ziele der franz. Politik. Unsererseits müsse eine Politik verfolgt werden, die den Weg zur Annäherung von Verhandlungen erleichtert. Die Regierung habe sich darüber nicht klar, die o'fi'öse Presse sehr zweideutig ausgesprochen. Der einseitige Weg wäre ein neues Angebot, bei dem die Hauptpunkte nicht sowohl die Zahlen, als die Zahlungsmoralitäten zu bilden hätten. Andererseits müßte die Politik der Sanktionen aufgegeben werden. Auch die franz. und belg. Arbeiter wünschten Verhandlungen. Es müsse alles geschehen, um einen neuen Krieg zu verhindern. Auch die Soj. abemokratien, wenn durch Vermittlung Amerikas eine Vereinbarung über einen F. leben! polit möglich wäre. Sie seien bereit zu jeder Sicherungspolitik, aber nicht zu einer solchen, die einer verheerenden Ausmigration gleichkomme. Rheinland und Pfalz müssen deutsches Land bleiben.

Hg. Marx (S.)

bedauert, daß wir noch immer mit Mißverständnissen und Vorurteilen im Ausland rechnen müßten. Deutschland stehe leider in der Welt allein. Frankreich bemühe sich, die wirtschaftlichen Reparationsfragen politisch zu lösen. Dem Kabinett Wirth sei es zu danken, daß im Frühjahr 1921 die Bank von England die Leistungsunfähigkeit Deutschlands bezüglich des Versailler Vertrages festgestellt habe. Frankreich wolle oder keine Reparationen, sondern die Ruhrbesetzung, obwohl auch seine Wirtschaft schwer geschädigt werde. Der Redner dankt dem Minister dafür, daß er die Frage der Neutralisierung des Rheintandes für indisputabel erklärt habe. Die Regierung müsse alles tun, um die Besetzung des Ruhrgebietes möglichst bald rückgängig zu machen.



Es wolle alles unterbleiben, was die Fortführung dieses Zeitpunktes hinausziehen könnte. Abg. Max behauptet in diesem Zusammenhang die Sonntagsoorgänge in München. Der Redner spricht der Regierung das volle Vertrauen seiner Partei aus. Augenblicklich sei es unmöglich, eine bestimmte Entschädigungssumme zu nennen. Auch die Schäden im Ruhrgebiet müßten berücksichtigt werden. Frankreich sei der Zerstörer des Weltfriedens. Das Rheinland müsse deutsch bleiben. Dafür wollten wir unsere Hände ins Feuer legen.

Abg. Herzog (Duss)

Es ist ein Erfolg des passiven Widerstandes in der internationalen Geschichte der Frage. Er dankt der heldenhaften Bevölkerung des Ruhrgebietes und stimmt der Forderung zu, daß an der Form des gewaltlosen Widerstandes festgehalten werde. Deutschland stehe allein. Bisher hätten nur die schwedischen Bischöfe und der Vatikan gegen die französischen Beschlüsse protestiert. Der Redner bezieht dann die engl. Politik. England sucht eine Entente cordiale mit Frankreich oder einem festen kontinentalen Bündnis, um gegen Frankreich. Daß die Regierung den letzten Vorgängen nicht passiv zusehen dürfe, darüber bestehe kein Streit. Es sei auch klar, daß der Widerstand im Ruhrgebiet passiv bleiben müsse. Die sozialdemokratische Forderung, 30 Milliarden anzubieten, wie im Januar, geht an der Tatsache vorüber, daß sich die Verhältnisse ständig ändern. Heute ein zahlenmäßig ungeheures Angebot unmöglich sei. Es würde die Front an der Ruhr von hinten gefährden. (Uraufe links.) Der Redner begrüßt dagegen die vom Außenminister angestrebte Aufschwächung einer Gegenrechnung. Von dem Abg. Müller Jansen (Soz.) verlangt er Präzisierung des Vorschlages eines Paktes zur Scherung der Reichsgrenzen. Er warnt überhaupt vor den Gefahren eines Rheinlandpakt, der doch das Einschränkung der deutschen Souveränität zur Folge haben würde. Die guten Beziehungen zu Litauen dürften nicht auf Kosten der deutschen Memelländer aufrecht erhalten werden. Der Redner protestierte weiter gegen die deutschfeindlichen Reden des polnischen Außenministers.

Der Redner begrüßt sodann die deutschnationale Interpellation über die Tätigkeit der Internationalen Arbeitskommission und fragt die Regierung, wie sie sich diese Tätigkeit und die Unterbringung der Kommission in Zukunft denke. Der Redner kommt sodann auf das Reparationsproblem zurück und erklärt, der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner sei durch seine Sonntagrede der Reichsregierung in den Rücken gefallen, denn er habe durch die Denunziation des deutschen Volkstums den Segnern das Schwert gegeben. (Stürmische Plurimale rechts und Unruhe und Widerspruch links.) Der Redner schließt mit der Hoffnung, daß es unserem Volke vor dem nächsten Tag, den heiligen Boden unseres Vaterlandes bald wieder frei zu sehen. (Beifall.)

Graf Hertling über seinen Rücktritt.

Die „Angsbürger Postzeitung“ bringt bemerkenswerte Mitteilungen, die Graf Hertling über seinen Rücktritt seinem Freund und Ministerkollegen, dem früheren bayerischen Verkehrsminister von Seidlein, gemacht hat. Nach der damaligen österreichischen Friedensnote und dem Zusammenbruch Bulgariens habe Graf Hertling im Hauptauschuß des Reichstags seine letzte Rede über die Lage gehalten. Die Antwort, die Graf Hertling für das Zentrum abgab, war, abgesehen von einigen freundlichen Worten für den Reichskanzler, in der Hauptsache eine Kritik der Regierungsmaßnahmen. Die allgemeine Auffassung ging dahin, daß das Zentrum den Reichskanzler nicht bediene. Der Kumpf drehte sich damals um das föderalistische Prinzip im Reich und die Einführung

des parlamentarischen Regierungssystems, von dem Graf Hertling das Ende des Reichs in dessen alter Form erwartete.

Gleichzeitig war wegen der immer schwieriger werdenden Lage an der Front, und da Österreich den Krieg verloren gab, von deutscher und österreichischer Seite an die Königin der Niederlande das Ersuchen um Friedensvermittlung gerichtet worden. Die Königin hatte sich auch bereit erklärt, den Haag als Ort einer Friedenskonferenz zur Verfügung zu stellen. Graf Hertling hatte große Hoffnungen darauf gesetzt und sich für Friedensverhandlungen bereit gemacht. Noch am 28. September 1918 war entschlossen, die politische Lage zu halten. Das parlamentarische Regierungssystem hatte der Bundesrat mit den Stimmen Preußens, Bayerns und Sachsens abgelehnt.

Da sei von der Obersten Heeresleitung die Mitteilung gekommen, sie könne die Front nicht mehr halten, und es sei zur Aufrechterhaltung der inneren Ruhe notwendig, die Regierung auf eine breitere völkertümliche Basis zu stellen. Diese Erklärung kam für den Grafen Hertling völlig überraschend. „Sie haben die Verantwortung verloren“, sagte er. Er hatte dann am Abend des 28. September nochmals eine Besprechung mit Erzberger und gewann die Überzeugung, daß er des Zentrums nicht mehr sicher sei. Wiederholt war ihm auch mitgeteilt worden, daß Erzberger die Mehrheit des Zentrums hinter sich habe. Unter diesen Umständen entschloß sich Hertling, vom Amt zurückzutreten. Nachdem er zum Kaiser gereist war, habe er diesem erklärt, er sei nach seiner ganzen politischen Vergangenheit nicht in der Lage, bei einem parlamentarischen Regierungssystem mitzumachen und bitte, ihn in Gnade zu entlassen. Der Kaiser gab ihm die Hand zum Abschied und sagte: „Ich würde am liebsten mit Ihnen gehen.“ In seinem Freund Seidlein sagte Hertling noch, bevor er den Zug in München bestieg: „Sie werden erleben, daß der Parlamentarismus sich für Deutschland als völlig unmöglich erweist.“

Aus dem „roten“ Königreich.

In Sachsen, das man früher schon das „rote Königreich“ nannte, sind die Sozialdemokraten durch eine Vereinbarung mit den Kommunisten zum Träger der Regierungsgewalt bestimmt, weil beide Parteien zusammen die Mehrheit haben. Vergangene Woche hat nun der neue Ministerpräsident Dr. Zeigner (Soz.) im Landtag sein Programm entwickelt, in dem es u. a. heißt:

„Weil sich die sächsische Regierung ganz besonders als das Vertrauensorgan der beschlagenen Massen fühlt, hält sie es auch für unbedingt geboten, daß die von ihr geforderte aktive Politik der Reichsregierung diese Einsicht in die Notwendigkeit eines großen Opfers der bestehenden Klassen nicht vermissen läßt. Die sächsische Regierung wird alles tun, was geeignet ist, um die Umwandlung von der Privatwirtschaft zur Gemeinwirtschaft vorwärts zu treiben. Wir wissen jedoch, daß ein kleines Land, wie Sachsen, mit seiner eingeschränkten Gesetzgebungsgewalt inmitten einer kapitalistischen Welt, sozialistische Ziele nicht so verwirklichen kann, wie wir das wünschen. Es muß sich bescheiden, den Beweis dafür zu erbringen, daß auch in engem Rahmen eines Einzelstaates sichtbare Fortschritte zu sozialistischer Wirtschaftsform möglich sind. Die Republik selbst ist bedroht. Solange diese Situation besteht, kann die sächsische Regierung es den Arbeiterparteien nicht verbieten, nein, sie muß es dankbar begrüßen, wenn sich die Arbeiter den Organen der Republik zur Verfügung stellen, um im Bedarfsfalle unter der Leitung staatlicher Polizei mit ihrem Leben alle gewalttätigen und ungesetzlichen Angriffe gegen

Auch Forst beschleunigte seine Schritte. Absichtlich trat er nun fest auf, daß die trüben Zweige unter seinen Füßen knarzen. Der andere aber achtete gar nicht darauf.

„Holla! Lauf nicht so! Donnerwetter, Mumm, Du bist doch“
„Hans tuhr herum. Ohne Verständnis starrte er an den Freund; sein Blick war fast erloschen. Die Welt erschien ihm entrückt — seine Seele schaute schon die schwarzen Afer des Todes.“

Mit ein paar Sägen holte Forst ihn ein.
„Du, das ist ja famos!“ rief er munter und klopfte ihm auf die Schulter. „Ich wollte mir unseren braunen Gramewald im Frühlingstregen beziehen und finde einen, der dasselbe will, — wenn dies nicht anders bloß der selbige Geist von meinem Bundesbruder ist.“

So jäh aus seinem schweren Traum vom Sterben geweckt, machte Mumm sich los. Zwei Furchen gruben sich um seinen Mund und seine Augen schauten den Freund verdächtig an.

„Rein, Du! Dumme zu machen bin ich nicht. Reil hat Dich in Harnisch gegetert. Laß mich in Ruh, ich bin fertig!“

„Womit, bitte?“
„Mit diesem nichtsbrauchigen verdummelten Leben!“

„Na, aber, Du hast es ja kaum angefangen. Wegen eines Gramenweides die ganze Rechnung zu quittieren, das ist eine donquichottische Tragik, für die Du bei einem vernünftigen Menschen keine Sympathien findest.“

„Ach, Eure Verurteilung! Ich pfeife drauf. Rein, laß mich gehen!“

„Du, — ich halte Deine Tiraden noch immer für Spaß; denn sonst müßte ich auch einmal erst ein Wort reden.“

„Ich schulde Dir ja wohl noch um ein paar Hundert Mark herum,“ höhnte Hans verzwweifelt.

„Es freut mich, daß Du Dich dessen so prompt erinnerst. Daß mich dies aber in diesem Donnerwetter Die nach in den Gramewald getrieben habe, nimmst Du wohl selbst nicht an.“

„Was sonst?“ wehrte Mumm sich mit der Halsstarrigkeit der Schwäche. „Etwa Deine brüderliche Liebe zu mir?“

„So können wir der Sache allerdings näher, mein Junge! Wir wollen indes nicht sentimental werden. Im

ore strepnout abzuwehren. Die Regierung hat zu der Arbeiterchaft das feste Vertrauen, daß sich kein Mitglied des Ordnungsdienstes an irgend einer provokatorischen Handlung beteiligt oder sich exzessive Befugnisse belohnt, die ihm nicht zukommen und die kein Staat einer privaten Organisation überlassen könnte.

In der Aussprache sagte Heutler (D.nat.): Sachsen gilt jetzt überall als Vorposten von Sowjetrußland. Dadurch wird unser Wirtschaftsleben und auch die Arbeiterchaft aufs äußerste gefährdet. Die Verhandlungspolitik des Herrn Zeigner hat das Schwert der Gerechtigkeit in Sachsen stumpf gemacht.

Dr. Seyfert (Dem.): Die Richtlinien des neuen Herrn Ministerpräsidenten bedeuten einen Rückschritt. Der Ausgang der Regierungskrise ist nichts anderes als die völlige Kapitulation der Sozialdemokratie vor den Kommunisten. Diese werden ihr Recht bis zum letzten bitteren Ende ausbeuten. Verfassungswidrige Organisationen wie die proletarischen Hunderttausenden werden wir aber bekämpfen. Diese führen unweigerlich zum Bürgerkrieg.

Dr. Seyfert (Dem.): Auf dem Boden der Demokratie sei eine proletarische Einheitsfront unmöglich. Die Kommunisten sind heute Sieger. Sider wird nunmehr bald der große Heranrübungsprozess der Sozialdemokratie beginnen. Die Regierungserklärung beinträchtigt den Abwehrkampf an der Ruhr auf das Schwerste. Wir lehnen auch die Abwehrorganisationen in jeder Gestalt ab. Wir erkennen in der Vereinigung der Sozialisten mit den Kommunisten eine große Gefahr für die Verfassung. Die Regierung begibt sich in die Arme der aufgeblassenen Massen, aus denen es keinen Ausweg mehr gibt.

Die französische Willkürherrschaft in Mittelbaden.

Aus der Ortenau wird unter dem 14. April 1921 geschrieben: Kein Tag vergeht, an dem nicht die Bevölkerung der besetzten Ortenau in Angst und Schrecken versetzt wird. Die französische Willkür schaltet und waltet mit unerbittlicher Grausamkeit. Es ist als ob Teufel losgelassen worden seien, die jeden Vorwand benötigen, um die Bevölkerung zu quälen und zu schikanisieren.

Nachdem man von der Offenburger Staatsanwaltschaft verlangt hatte, die Namen der Kriminalisten zu nennen, wurde die dem Landgericht angegliederte Kriminalabteilung aufgelöst und somit der letzte Schutz preisgegeben, den Offenburg nach der Aufhebung der sächsischen Polizei und der Kreisgendarmerie noch besaß. Plötzliches Gesindel treibt sich jetzt nachts herum und macht die Stadt unsicher. Oft passiert es, daß Diebstähle und Räubereien vorkommen, daß sich blutige Schlägereien zwischen Zivilisten und Soldaten ereignen, ohne daß eine Sicherheitsmannschaft einschreitet.

Wenn Räubereien töten könnten, wäre mancher französische Soldat schon gestorben. Vor ein paar Tagen sangen in den Anlagen junge Kadetten das Lied „Deutschland Deutschland über alles“. Als die Franzosen das Lied hörten, schwoft ihnen der Ramm und Kleinschnitt wurde die „Garnison“ alarmiert. 40 Mann zogen hinaus auf den Kampfplatz, und mit aufgeflogenen Seitengewehr und entzündetem Gewehr gingen sie auf die Jugend los, die natürlich das Feld räumte. Auf eine Verächtigung hin, einer von den Tätern zu sein, die seinerzeit der Dörne, die sich mit Franzosen eingelassen hatte, den Jopf abgeschnitten hatten, wurde ein Fabrikant verhaftet und gefesselt mit schweren Handschellen durch die Straßen geführt. Ein Gastwirt aus Renchen, der unter Zwang einen Genbarinen nach Offenburg fahren mußte, ging in Offenburg durch Verklagnahme seines Autos verlustig, weil unterwegs im Auto zufällig eine Schraube lösging, wodurch das Befährt in Gefahr geriet und der Genbarin annahm, es glüge ihm ans Leben.

Der bekannnte Berliner Stube bei Euch ist eine arme Frau, der will das Herz vor Jammer über ihren einzigen Sohn brechen, und vor etwa einer Stunde sah ich in den Augen eines Krenzbraden Wädels Tränen breunen, die möchte ich nicht auf dem Weißsen haben, wenn ich ihr Bruder wäre.“

„Sie müssen sich damit abfinden. Oder wollen sie es darauf ankommen lassen, daß ich noch mal in ein Bodechen getrieben werde? Bei Leuten meines Schlages ist dergleichen nicht ausgeschlossen. Ich will mich dem aber nicht aussetzen. — Hörst Du, ich will nicht!“

„Es zwingt Dich niemand, wie mir scheint,“ versetzt Forst, immer gleichmütiger, je mehr der andere sich erwehrt. „Du hingegen verweist Dich darauf, aus aller falsche Schätze zu ziehen. Bist Du vielleicht endlich los? Nein! Haben sich in Deiner ehrlichen Natur die unruhigende Umwälzungen vollzogen? Sind bei Du Symptome einer kritischen oder intellektuellen Minderwertigkeit vorhanden? Ich glaube nicht. Du bist nur schwach, mein Mumm und hinterher ergreift Du das Halsenpomp. Ich kenne einen Burtschen, der hatte in dreißig Jahren das Vermögen seiner taubstummen, kleinen Stiefschwester durchgebracht. Nun wäre es das Bequemste gewesen, sich mit einem ähnlichen Dinge, wie Du da in der Bruststicht verbirgst, sich das dicken Hien auszubalen. Nur daß damit dem armen, beraubten Kinde nicht geholfen wäre. Das wenigstens sah unser Dranghänger ein und das Weileid mit der kleinen Schwester übermoog dasjenige mit sich selbst. Er brachte das seiner Natur nach schwerste Opfer — er blieb am Leben, brach mit den alten, vornehmsten Taugenichtsverhältnissen und trat als Behelung bei einem unserer ersten Großtaufherren ein. Heute, nach knapp fünfzehn Jahren, ist er Komponion einer Weltfirma. Er besitzt ein Haus so groß, daß seine taubstumme Stiefschwester, die von ihm und seiner liebenswürdigen Frau wie ein Juwel gehalten wird, eine Etage für sich bewohnen kann. Ihr Vermögen ist auf Heller und Pfennig von ihm durch schwere Arbeit erzielt worden und arbeitet nun mit im Geschäft. Das nenne ich eine anständige Arbeit! Aber Du, der Du nichts getan und nichts erworben hast, müßt Dich durch eine Hintertür um Dein Lebenswerk drücken? Mumm, es ist Zeit, daß Du Rüstgerat bekommst!“

Fortsetzung folgt.

In des Lebens Mai.

Roman von Ant. Kudrea.

(70)

(Nachdruck verboten.)

Unterwegs überlegte er, daß es eigentlich eine lustige Fahrt ins Blaue wäre. Dennoch war es ihm, als handelte er in einer Erleichterung und unter dem Zwange eines Willens, der stärker war als alle Ueberlegung und Besinnung.

Die Jüge nach Schlachtensee waren leicht zu berechnen. Am drei Uhr war Edel von der Redaktion gekommen. Seitdem konnten zwei bis drei Jüge in Schlachtensee eingelassen sein; den nächsten überholte er. Raum hatte er sich unter im Tunnel, dem Ausgange gegenüber, aufgestellt, da lief oben bereits der Zug ein.

Die Zahl derer, die ausstiegen, war verhältnismäßig gering.

Der Gramewald befah in dem feuchten, regnerischen Nachmittagswetter nur erst wenig Anziehungskraft für Ausflügler.

Mit der Schärfe des Falles richtete Forst den Blick auf jeden einzelnen — plötzlich schob er sich gegen die feuchte Tunnelwand, um nicht gesehen zu werden von dem einen, der fast als letzter die Bahnhofssteigertreppe herunterkam — vorgebeugt, mit schleppendem Schritt, den Kragen seines Ueberziehers hochgezogen, den Hut ins Gesicht gedrückt, — er sah nicht auf. Den Kopf geneigt, ging er über die Straße in den Gramewald. Forst schritt in einer unauffälligen Entfernung hinter ihm her.

Der Boden war feucht und weich. Durch die dunklen Nischen kimmerten hin und wieder weiße Flecke; der letzte Schnee, die Ueberbleibsel des Winters. Von den Büschen tropfete es; der Hauch des Frühlingss wehte scharf und würzig. Ein paar Krähen flogen auf und störten die tiefe Waldesstille mit heiserem Krächzen.

Da grüete der einsame, vergrübelte Wanderer auf und streifte den Nacken. Es war eine Bewegung, halb Trost, halb Entschlossenheit. Mit einem Ruck rief er seinen Ueberzieher auf und ging schweiger weiter in der Richtung, wo der See Silberflut durch die braunen Stämme schimmerte.

Gaben für das Ruhrgebiet

nehmen fortgesetzt die bekannten Sammelstellen, sowie die Geschäftsstelle dieses Blattes entgegen.

Aus Stadt und Land.

Montag, 17. April 1923.

Erhöhung der gerichtlichen Zuständigkeit. Die Gemeindegerichte waren bisher höchstens bis zu 1000 M., die Amtsgerichte bis zu 10000 M. im Einzelfalle zuständig. Vom 15. April ab erhöht sich diese Grenze auf 30000 M. für die Gemeindegerichte und 300000 M. für die Amtsgerichte. Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte waren bisher für Angestellte nur bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 840000 M. zuständig. Diese Grenze ist nun auf das Zehnfache erhöht worden.

Lehrling und Lehrlingentag. Vor der Strafkammer des Landgerichts Stuttgart hatte sich dieser Tage ein Handwerksmeister zu verantworten unter der Anklage, er habe seinen Lehrling länger als 48 Stunden in der Woche, nämlich bis zu 52 1/2 Stunden, beschäftigt. Die Strafkammer als Berufungsinstanz entschied zu ungunsten des angeklagten Handwerksmeisters und verurteilte denselben zu 1000 M. Geldstrafe. Der Handwerksmeister hatte geltend gemacht, daß es sich bei der beanstandeten Überschreitung der 48 Stundenwoche wesentlich um Aufräumungsarbeiten gehandelt habe, die in jeder Werkstatt die Lehrlinge zu besorgen haben, was schon im Hinblick auf die Erziehung des Lehrlings nützlich und notwendig sei. Den erzieherischen Zweck dieser Arbeiten gab das Gericht zu, befrügte aber, daß zwischen Aufräumungsarbeiten und der eigentlichen gewerblichen oder handwerklichen Arbeit unterschieden werden könne. Nachließ die Strafkammer den Einwand, daß der Lehrling kein gewerblicher Arbeiter sei nicht gelten.

Friedensfest, 16. April. Bei der letzten Gemeindeversammlung wurde der Beschluß gefaßt, daß bei der benachbarten Friedhofsanlage die Anzahl der Grabsteine auf 15000 M., die sogenannten Grabsteine und sonstige Erwerbungen, soweit sie bemittelt sind, zu 20000 M. und die Rentenerpflüger zu 5000 M. erhalten.

Stuttgart, 16. April (Kleine Anträge.) An den würt. Ernährungsminister hat die kommunalistische Landtagsgruppe eine kleine Anfrage wegen des Fleischwunders gerichtet.

Neue Augenklinik. Das Marienhospital hat neben seinen anderen Abteilungen nun auch eine eigene Augenabteilung errichtet, deren Leitung dem Augenarzt Geh. Hofrat Dr. Döfler übertragen wurde.

Hochwasser. Die Flüsse und Bäche führen seit Sonntag Hochwasser und sind an vielen Stellen über die Ufer getreten. Der dreitägige Regen brachte für Stuttgart eine Niederschlagsmenge von 63 Liter auf das Quadratmeter, also mehr als doppelt soviel im ganzen Monat März.

Auffsehenerregende Verhaftungen. Eine Reihe von Diebstählen, die auf dem Pragsriedhof festgestellt wurden, — mehrere Gräber wurden nämlich ihrer Gehentafeln beraubt —, veranlaßte die Kriminalpolizei, mit mehreren ihrer Beamten in der Nacht vom Samstag auf Sonntag einige Personen unter sehr verdächtigen Umständen festzunehmen. Ob es sich hier in der Tat um die geachteten Metallbier- und Grabhändler handelt, wird der weitere Verlauf der Untersuchung ergeben.

Bradenheim, 16. April (Ein Weinjahr.) In einem Weinberg am Stöckberg, Gewand Haberhacht, wurde eine Weimurmel gefunden. Die Weingärtner sagen, daß das Auftreten dieses kleinen traubenähnlichen Schwammes der Vorboten eines guten Weinjahres sei.

Tübingen, 16. April (Von der Universität.) An der hiesigen Universität fand im Laufe der letzten Woche ein fünfjähriger physiologischer Fortbildungskurs für Lehrer an höheren Schulen statt. Die Zahl der Teilnehmer belief sich auf etwa 100. An die Vorträge schloß sich eine Fähring durch das urgeschichtliche Institut und die Studentenheime an.

Horb, 16. April (Hagel.) Am Freitag setzte ein Hagelschlag ein, der fast 10 Minuten dauerte und Körner von Haiselngröße brachte. Er hat den Blüten der Bäume ziemlich zugesetzt.

Ulm, 16. April (Der Dieb in der Donau.) Auf der Aucht sprang ein Fahrraddieb mit seinem gefüllten Rad in die Donau. Er konnte aber samt Rad herausgezogen und der Polizei übergeben werden.

Friedrichshafen, 16. April (Petri Heil.) In der Nähe des Dampferhafens ging dieser Tage zwei hiesigen Fischermeister ein großer Brochsenzug ins Netz. Sie erbeuteten mit einem Zuge gegen 40 Zentner Fische, die durch die Fischereigenossenschaft an die hiesigen Einwohner zu dem billigen Preis von 600 M. für das Pfund abgegeben wurden.

Gehingen, 16. April (Betriebsstilllegung.) Nachdem die Wilhelm Kellersche Schuhfabrik in Gehingen die Arbeit im September vorigen Jahres auf drei Tage, seit Februar auf zwei Tage eingeschränkt hatte, hat sie seit drei Wochen weitere Einschränkungen vorgenommen. Am 14. der Betrieb auf unbestimmte Zeit stillgelegt worden. Der Werk beschäftigte etwa 300 Arbeiter.

Zauberbischhoffheim, 16. April (Konflikt.) In einem schweren Konflikt ist es im Gemeinderat gekommen. In einer der letzten Sitzungen hat ein Gemeinderat die Ehre des Bürgermeisters Schnupp angegriffen, worauf die Mehrheit der Gemeinderäte für den Bürgermeister eine Ehrenklärung abgaben. Im Anschluß daran kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der Sozialdemokratie und des Zentrums, worauf sechs Gemeinderäte den Sitzungssaal verließen. Der Bürgermeister legte dann sein Amt nieder, indem er erklärte, er wolle sich bei seinem Alter Anfeindungen nicht mehr aussetzen.

Singen a. D., 16. April (Wahl.) In der am 27. April stattfindenden Bürgermeisterwahl hat der Offenburger Bürgermeister Dr. Bährer (der ausgewiesen worden ist) seine Bewerbung zurückgezogen, jedoch nur der Kandidat des Zentrums Dr. Kaufmann zur Wahl steht.

Mimmenhausen (Amt Ueberlingen), 16. April (Ueberfahren.) Der 61 Jahre alte Schmied H. Kay wurde auf dem Wege nach Steinhilfingen von einem dahertretenden Auto überfahren. Wenige Stunden danach erlag der Verunglückte seinen Verletzungen.

Abgabe der Steuererklärungen.

Der 30. April ist der letzte Tag für die Abgabe der Einkommen- und der Vermögenssteuererklärung, dieser zugleich für die Zwangsanleihe. Ausschub nur in besonderen Ausnahmefällen. Auch für die Erwerbsgesellschaften endet die Frist am 30. April.

Wer muß eine Steuererklärung abgeben? Zunächst jeder, der eine Aufforderung dazu erhält, ganz gleich, wie hoch sein Einkommen oder Vermögen ist. Eine Einkommensteuererklärung muß ferner jeder abgeben, der 1922 mehr als 400000 M. verdient hat. Wer weniger als 400000 M. verdient hat, muß eine Steuererklärung abgeben, wenn mindestens 5000 M. dieses Einkommens nicht Arbeitslohn gewesen sind, also noch nicht dem Lohnabzug unterlegen haben. Diese Steuererklärung braucht nur die Bezüge zu umfassen, die kein abzugsfähiger Arbeitslohn waren. Bei Einkommen unter 400000 M., wovon weniger als 5000 M. kein Arbeitslohn sind, gilt die Steuer durch den Lohnabzug als gezahlt.

Eine Vermögenssteuererklärung, die gleichzeitig für die Zwangsanleihe gilt, muß zunächst ebenfalls jeder abgeben, der eine Aufforderung (Bordruck) erhält. Ferner jeder, dessen Vermögen — berechnet nach den von uns veröffentlichten Bewertungsrichtlinien — am 31. Dezember 1922 400000 M. übersteigt. Die Freigrenze für Vermögenssteuer und Zwangsanleihe erhöht sich bekanntlich bei Rentnern, alten Renten- und Erwerbsunfähigen auf 1,2 bzw. 4 Mill. Mark. Das befreit diese Personen jedoch nicht von der Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung, da die sachlichen Voraussetzungen über die Erhöhung der Freigrenze vom Finanzamt geprüft werden müssen.

Für die Vermögenssteuererklärung werden zwei Arten von Formularen verwendet. Gewerbetreibende erhalten das sogenannte ausführliche Formular, das die Bewertungsrichtlinien besonders auch für Anlage- und Betriebskapital enthält.

Weitere Zahlungen. Bis 15. April: Umsatzsteuerzahlung für 1922. In Zahlen ist der Betrag, um den der in der Umsatzsteuererklärung vom Januar d. J. (für 1922) angegebene Betrag die Summe der für 1922 entrichteten Vorauszahlungen übersteigt.

Bis 30. April sind zwei Drittel des zeichnungsplichtigen Betrages der Zwangsanleihe (gemäß § 9 des Geldwertengesetzes vom 30.3.23 auf Grund der gleichfalls bis 30. April abzugebenden Vermögenssteuererklärung) im Voraus zu zeichnen. Nach dem 30. April steigt der Zeichnungspreis auf 110 % des Nennwertes im Mai, 120 % im Juni usw. um je 10 % für den Monat.

Vorauszahlung auf die Umsatzsteuer für das erste Viertel des laufenden Kalenderjahres.

Nachzahlung des Betrages an Einkommensteuer, um den die Steuer, die sich auf Grund der Einkommensteuererklärung für 1922 ergibt, die für 1922 geleisteten Vorauszahlungen und Strauszugsbeträge übersteigt.

Bis 1. Mai 1923 haben die Erwerbsgesellschaften, die ihr letztes Wirtschaftsjahr vor dem 31. 12. 22 abgeschlossen haben, 15 % des in dem vorausgegangenen Geschäftsabluß ausgewiesenen Reingewinns und der verzeigten Gewinnanteile als Vorauszahlung auf die Körperschaftsteuer für das Wirtschaftsjahr 1922/23 zu entrichten.

Nach dem Geldwertengesetz sind als Vorauszahlung je 10 % des Reingewinns und der Gewinnanteile binnen einem Monat nach Feststellung der Bilanz und binnen drei weiteren Monate nach diesem Termin je weitere 5 % des Reingewinns und der Gewinnanteile zu entrichten.

Bis 15. Mai: Regelmäßige Vorauszahlung der Einkommen- und der Vermögenssteuer in Höhe von einem Viertel der zuletzt festgestellten Jahressteuerpflicht.

Bis 31. Mai: Die Erwerbsgesellschaften, die ihr Wirtschaftsjahr am 31. 12. 1922 abschließen, haben die Körperschaftsteuer des Jahres 1922 als Nachzahlung auf die Steuerpflicht für das Wirtschaftsjahr 1922 zu entrichten.

Im Falle der Nichtabgabe der vorstehend angeführten Termine treten sehr empfindliche Zuschläge ein, die bei einem Rückstand bis zu drei Monaten 15 % monatlich, darüber hinaus 30 % monatlich, und zwar für die ganze Zeit des Rückstands betragen.

In den letzten Tagen haben die Franzosen auch in den Buchhandlungen Schulbücher aufgekauft, um sie über den Rhein zu transportieren, zu unterrichten. Um die Ruhrhilfe zu unterbinden, haben die Franzosen die Industriellen seit einigen Tagen gearbeitet, sie mögen die Zahl ihrer Arbeiter und Arbeitslosen angeben. Der Befehl stieß auf einmütige Begeisterung.

Ein Skandalöser Fall, der in der Stadt großes Aufsehen und große Erbitterung hervorgerufen hat, ereignete sich am Donnerstagabend. Die Franzosen verlangten von der Geistlichkeit der Hl. Kreuzkirche die Schlüssel zum Kirchturm unter Androhung der Beschlagnahme. Anscheinend will man dort eine Funkstation errichten. Natürlich fand die Forderung, die von einer Abteilung Franzosen unter Führung eines Offiziers gestellt wurde, die Ablehnung des Pfarrers. Wie sich die Angelegenheit weiterentwickelt, weiß man noch nicht.

Neues vom Saee.

Ruhrchronik.

Dortmund, 16. April. Am Sonntag morgen wurde eine ganze Reihe von Bächen besetzt, so die Bächen Bickoria, Jfern, Rordieren, Bereinigte Welheim und Bonifazius. Ferner wurden die Bahnhöfe Raugel bei Dortmund und Hahnenfurth bei Elberfeld sowie das Stielwerk Mengede besetzt.

Paris, 16. April. General Degoutte hat eine Verordnung erlassen, wonach den Bergwerksbesitzern vorgegeschrieben wird, da sie die Zahlung von Steuern ablehnen, von jetzt an Kohlen und Koks nicht mehr ohne Erlaubnischein zu transportieren. Schmuggel wird mit Geldstrafe bis 100 Millionen M. oder Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft.

Paris, 16. April. Am Montag trafen drei französische Minister im Ruhrgebiet ein, nämlich Minister für öffentliche Arbeiten, der Finanz- und der Kriegsminister. Ihre Reise wird mit den Beschlüssen der Pariser Konferenz in Zusammenhang gebracht.

Niesfeld, 16. April. Am 13. und 14. April tagte hier die Reichskonferenz des Gesamtverbandes und der Bezirksleiter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde der ungebrochene Wille, sich der französischen Willkür und Brutalität nicht zu beugen, bekundet.

Der Schluß der Pariser Verhandlungen.

Paris, 15. April. Nach der Sitzung der belgisch-französischen Konferenz wurde eine amtliche Mitteilung ausgegeben, in der es heißt: Die französisch- und belgischen Minister haben die gemeinsamen Beschlüsse vorbereitet, die an ihre Oberkommissare in den Rheinlanden und an General Degoutte ergehen sollen, die die in den neu besetzten Gebieten eingeführte Zentralverwaltung und deren Kontrolle, die Verwendung des Ertrages der Geldbußen und Beschlagnahmen usw. betreffen. Es ist beschlossen worden, daß die verschiedenen Waren und Produkte, die in den besetzten Gebieten beschlagnahmt worden sind, um die von den beiden Regierungen oder ihren Staatsangehörigen gemachten Bestellungen von Sachlieferungen zu decken, diesen direkt zur Verfügung gestellt werden sollen. Der Ueberschuß der beschlagnahmten Waren und Produkte darf von den französischen und belgischen Behörden verkauft werden. Der Ertrag dieser Verkäufe wird der Verrechnungskasse der Händler überwiesen und der nach Begleichung der verschiedenen Besetzungs- und Betriebskosten überschüssige Betrag wird der Reparationskommission überwiesen werden. Die beiden Regierungen haben ihre Entscheidungen von Brüssel dahin bekräftigt, daß sie die Räumung des Ruhrgebiets und des auf dem rechten Rheinufer neu besetzten Gebiets nicht von einfachen Versprechungen abhängig machen, sondern, daß sie sie nach Maßgabe der Erfüllung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen durchführen werden.

Keine Änderung des britischen Standpunkts.

London, 16. April. Der diplomatische Berichterstatter des "Observer" schreibt, eine Zustimmung der britischen Regierung zu den nichtamtlich unterbreiteten Vorschlägen der französischen Regierung durch Souveränität und Kloy komme nicht in Frage. Die britische Regierung sei von ihrem Standpunkt, wie er in dem in Paris anfangs Januar vorgelegten Plan Bonar Law ausgeführt worden sei, nicht abgewichen. Es sei wichtig, daß dies in Frankreich verstanden werde. Zugleich werde in England voll anerkannt, daß die in Paris abgehaltene französisch-belgische Konferenz angesichts der Lage, in die sich die beiden Regierungen im Ruhrgebiet versetzt haben, keine andere Wahl hatte, als erneut ihre Entschlossenheit zu erklären, die Angelegenheit bis zum Ende durchzuführen.

Schlagbäume am Niedbade.

Niedbade, 16. April. Die Franzosen haben die um der Stadt herausführenden Straßen vor den letzten Häusern der Stadt mit riesigen Schlagbäumen versperrt, die abends geschloffen werden, um so den Verkehr zu überwachen. Die Maßnahme wird hier mit den Zollbestimmungen in Verbindung gebracht.

Gendarmen als Straßenräuber.

Rainz, 16. April. Die "Frankf. Ztg." meldet: Auf dem Wege nach Goufenheim wurden einem Kaufmann von zwei französischen Gendarmen 2 1/2 Millionen M. weggenommen. Die Räuber verweigerten eine Leittung und nahmen überdies dem Beraubten seinen Anzeigebrief ab und zerrissen ihn. Es handelt sich um private Gelder, die der Kaufmann, da die Post in Rainz nicht in Betrieb war, in Goufenheim hatte auf Postkonten einzahlen wollen.

Unsere Zeitung bestellen!



Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Ein schwerer Mitternachtsfall. Unlänglich der bei der Eröffnung des Flughafens des Tempelhofer Feldes von der Verkehrsdeputation der Stadt Berlin veranlasserten großen Flüge ereignete sich ein schwerer Unfall. Das Flugzeug D 28 der Aero-loyd A. G., besetzt mit mehreren Herren des Berliner Magistrats unter Führung des Piloten Kitzke, als es zur Landung niedergehen wollte, sah ab. Einer der Passagiere, Oberbetriebsrat bei der Straßenbahn Arthur Morzhanski, ist seinen dabei erlittenen Verletzungen erlegen. Auch Verkehrsamtsdirektor Bogt und Stadtverordneter Paul Böger fanden den Tod; der Flugzeugführer Kitzke wurde schwer verletzt.

Das Österreichische Kabinett. Das Handelsministerium des Großdeutschen Kraus übernimmt sein Parteikollege Abg. Dr. Schürff. Die anderen Ministerposten bleiben unverändert, d. h. neben dem Kanzler Dr. Seipel bleibt der Großdeutsche Frank als Vizekanzler, ferner die Christlich-Sozialen Kienböck als Finanzminister, Schmidt als Minister für soziale Verwaltung, Schneider als Unterrichtsminister, Baugögl als Verkehrsminister, Buchinger als Landwirtschaftsminister. Das Kabinett wird am Dienstag demissionieren und wieder gewählt werden.

Übung der Stoßtruppe der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Trotz des regnerischen Wetters hielten die Stoßtruppe der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in München am Sonntag eine große Geländeübung ab. An ihr dürften etwa 10-12000 Mann beteiligt gewesen sein, womit diese Übung wohl die größte bisher abgehaltene derartige Veranstaltung der Nationalsozialistischen Partei gewesen sein dürfte. Beim Rückmarsch in die Stadt wurden die Abteilungen in Schwabing von 4 Musikchören empfangen.

Buntes Allerlei.

„Er will a längere Reich.“ In einem Orte der Umgegend von Reichenhall (Bayern) hat ein als Sonderling bekannter Mann testamentarisch verfügt, daß die Beerbtungsteilnehmer, nicht wie üblich paarweise, im Gänsemarisch hinter seinem Sarge einerschreiten sollen, um wie es in seinem letzten Willen heißt: „a längere Reich“ zu haben. Seinem Wunsch wurde nun auch Rechnung getragen und der Sonderling hatte seinen gewünschten Beizenzug.

Die Einheitskurzschrift. Da keine Aussicht mehr auf Schaffung einer den bayerischen Wünschen entsprechenden Einheitskurzschrift besteht, hat das bayer. Kultusministerium dem Reichsministerium des Innern ent-

gültig erklärt, daß es zu seinem Bedauern nicht mehr in der Lage sei, sich noch weiterhin an Verhandlungen zu beteiligen und daß in den bayerischen Schulen an dem System Gabelberger festgehalten wird.

Gewälderaub in Hamburg. Nachts wurde in der Gemäldegalerie des dem hamburgischen Staat gehörenden Hauses Wobell ein Einbruch verübt. Gestohlen wurden neun sehr wertvolle, alte, kleinere Bilder von italienischen Meistern des 15. und 16. Jahrhunderts.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Montag in Frankfurt 21 134,55 G., 21 202,88 Br., in Berlin 21 097,12 G., 21 162,78 Br.

- 1 Schweizer Franken = 3835 G., 3854 Br.
- 1 französischer Franken = 1406 G., 1415 Br.
- 1 italienischer Lira = 1049 G., 1054 Br.
- 1 holländischer Gulden = 8249 G., 8290 Br.
- 1 Pfund Sterling = 97 879 G., 98 370 Br.
- 1 russischer Rubel = 3229 G., 3245 Br.
- 100 Österreichische Kronen = 29,66 G., 29,82 Br.
- 1 tschechische Krone = 628 G., 632 Br.
- 1 dänische Krone = 3972 G., 3992 Br.

Internationale Messe in Frankfurt. Am Sonntag wurde die 5. internationale Messe eröffnet. Die Messe-Ansiedelung hat durch das Messehaus „Schuh und Leder“ einen neuen Zuwachs erhalten. Der erste Tag zeichnete sich durch einen starken Besuch aus, der jedoch der Orientierung galt.

Die Goldanleihe der Rhein-Main-Donau A. G. überzeichnet. Die Goldanleihe der Rhein-Main-Donau A. G. hat in den letzten Tagen so starkes Interesse gefunden, daß der Betrag von 2 Millionen Goldmark bereits am 13. April überzeichnet wurde. Besonders Ungarn, Holland und die Tschechoslowakei zeigen großes Interesse für das Papier.

Stuttgarter Börse, 16. April. Die Geldflüssigkeit brachte zur Montagbörse eine große Anzahl Käufer, so daß bei lebhafterem Geschäft die Kurse anstiegen. Besonders gefragt waren Bankaktien, Hypothekendarlehen + 100, Vereinsbank + 800, Spinnereien unieinheitlich, Erlangen - 2000, Kolb und Schüle + 1000, Kottner + 1000, Biersee + 5000, Filz + 3000, Brauereien fest, Wulle + 1600, Württ.-Hohenzollern + 1500. Auch der Maschinen- und Metallmarkt waren bei größeren Umsätzen fest. Daimler + 100, Jungbans + 2500, Ehlinger Maschinen + 1000, Desser Maschinen + 3000, Weingarten + 3500. Redaralmer mußten bei + 400 rationiert werden. Auch die übrigen Werte hatten durchweg höhere Kurse als am Freitag. Anilin + 3100, Zement Heidelberg +

750, Deutsche Verlag + 2000, Rein-Hotell + 3700, Kraftwerk Albstadt + 1000, Krumm + 100, Magirus + 500, Selt Badenheim + 1000, Stuttgarter Zucker + 500, Niederer Konserden Weibbrand 100, Salzwerk Heilbronn 2000. Im freien Verkehr war das Geschäft ebenfalls belebt bei mäßig steigenden Kursen.

L.C. Stuttgarter Landesproduktentörse, 16. April. Es notierten (in 1000 M.): Weizen 100-112, Sommergerste 75-80, Haber 55-68, Weizenmehl 180 bis 185, Brotmehl 155-160, Kleie 40-42, Heu, württ. 35-37, Stroh, drahtgepreßt 34-36.

Wetter.

Bei steigendem Luftdruck, aber vorherrschend westlichen Luftströmungen ist für Mittwoch vorläufig noch mit bedecktem, vorherrschend nachkalttem und nur langsam aufheitendem Wetter zu rechnen.

Letzte Nachrichten.

Zahlungsausschub.

* Offen, 16. April. Für die angeblich durch Deutsche erfolgte Ermordung des franz. Soldaten Schmidt war der Stadt Esn eine Geldbuße von 105 Millionen Mark auferlegt worden. Für die Zahlung der Summe haben die Franzosen gestern Nachmittag unbegrenzten Zahlungsausschub gewährt, ohne Gültigkeit anzugeben.

Verfälschter Druck im Ruhrgebiet.

* Offen, 16. April. Von auf unterirdischer Seite des Ruhrgebietes wird mitgeteilt: Nach hier vorliegenden Nachrichten über die Pariser Konferenz ist mit einer weiteren Beschleunigung der Lage zu rechnen. Der steigende Druck der Befehle machte sich bereits in der vergangenen Woche in verstärkten Maßnahmen und Verordnungen der Besatzungstruppen bemerkbar. Seit heute wird in verstärkter Weise die Befehlsgebung des Generals Degoutte über die Kontrolle der Kohlenabfuhr durchgeführt. Auch die übrigen Verordnungen, die geeignet sind, die allgemeine Verhältnisse im Ruhrgebiet zu erschweren, werden streng durchgeführt. Das kommt eine weitere Befehlsgebung der Besatzung, mit der bestimmt gerechnet werden muß.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Bant, Druck und Verl. der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Kohlenversorgung im Hausbrandjahr 1923/24.

Die vom Oberamt bekanntgegebenen Richtlinien für das Wirtschaftsjahr 1923/24 (S. 118 des Landes vom 5. Mai 1923 Nr. 104) bleiben unverändert in Kraft.

Es ist strengstens zu vermeiden, daß sämtliche Steinkohlen und Braunkohlensorten deutschen Ursprungs, tschechische Kohlen und Bräunkohle. Für letztere beiden Sorten werden Sonderbezugscheine ausgeben. Nicht bezugsfähig ist Auslandskohle und Koks.

Die Verbraucher werden aufgefordert, ihre Bestellungen nur bei einem Händler oder Darlehenskassenverein zu machen, damit Doppellieferungen vermieden werden.

Händler oder Darlehenskassenvereine, die bis zum 30. d. Mt. keine Bestellungen eingereicht haben, bleiben bei der Verteilung der nächsten Bezugscheine unberücksichtigt.

Die Schreiben des Landesbesenstoffamts Stuttgart vom 12. April d. J. wird ein möglichst frühzeitiges Einreichen mit Kohlen empfohlen.

Magd., den 16. April 1923. Oberamt: M 1 u 3.

Landw. Bezirksverein Calw. Saatkartoffeln

späte, werden am Mittwoch in unserem Lagerhaus abgegeben. Ferner ist auf Lager:

Kleie, Melasse.

Die Geschäftshalle.

Zur Verbilligung des Portos

empfehlen wir der Geschäftswelt die

Herstellung von Postkarten

als solche und als Rechnungen.

Obstkartensgröße 16,7:10,7 cm sowohl für Hand- wie Schreibmaschinen-Schrift.

W. Rieker'sche Buchdruckerei Altensteig

Telefon Nr. 11.

Verkauf oder Austausch 1 Paar



Zugtiere

Gewicht 23 Ztr.

Friedrich Soos, Spielberg.

Verzinkte Drahtgeflechte

in den verschiedensten Formen und Abmessungen, sowie sämtliches Zubehör liefert zu billigsten Preisen

Lorenz Luz jr. Altensteig. Tel. 46.

Hege und Jagd

in die abgelaufenen Jagdzeiten (Sonderausstellung) sind durch die Vertriebsabteilung in Gillingen-Donk.

AMERICAN LINE

Regelmäßiger Passagier-Dienst
Hamburg - New-York
auf modernst eingerichteten Dampfern.
Wöchentliche Abfahrten.

Nähere Auskunft und Platzbelegung durch Vertretung in Altensteig: Wilhelm Rieker, Privatmann.

Einen Barf schäde, aus Essen gewöhnlich

Milchschweine

verkauft am Donnerstag, den 19. d. M., mittags 1 Uhr.

Sender 3. Bräunenbaum
Altensteig.

KOSMOS

Gesellschaft der Naturfreunde bietet für jedermann einen billigen und guten Lesestoff

Belehrend - Unterhaltend

Jedes Mitglied erhält jährlich 12 reich illustrierte Monatshefte und vier gute Bücher erster Schriftsteller, außerdem

Preisvergünstigungen beim Bezug aller Kosmos-Veröffentlichungen

Anmeldung durch jede Buchhandlung oder bei der Geschäftsstelle des Kosmos, Stuttgart. Prospekt kostenlos - Probeheft Mk. 2.-

